

## Ovationen für Präses Scharf

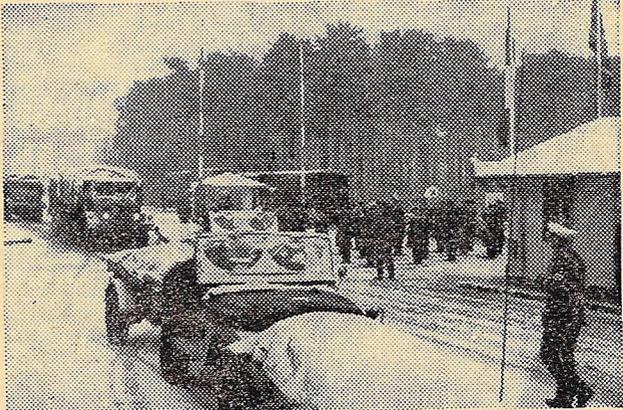
Regionalsynode in West-Berlin eröffnet – Staatsgrenzen sind keine Kirchengrenzen

Berlin (Eigenbericht). Mit der Verlesung des Kirchenleitungs-Berichtes durch Bischof Dibelius hat die Tagung der Regionalsynode in West-Berlin begonnen. Dibelius verlas den gleichen Text, der am Tage zuvor durch den Ostberliner Synodalpräses Figur in der Weißenseer Regionalsynode verlesen worden war. In Ost-Berlin hatte es lebhafteste Ovationen für den Ratsvorsitzenden der EKD, Präses Scharf, gegeben, für den sich der Präsident der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche der Union, Hildebrandt (Ost-Berlin), in einem Grußwort eingesetzt hatte, das er gleichermaßen auch an Dibelius richtete. „Er ist und bleibt einer der Unsrigen“, hatte Hildebrandt von dem aus Ost-Berlin ausgehenden Bischofsverweser Scharf gesagt und betont: „Die Angelegenheit Scharf ist keineswegs abgeschlossen, sie bleibt eine offene Wunde.“

Bischof Dibelius betonte, er halte es für seine Pflicht, auf ein eigenes Wort zum Rechenschaftsbericht zu verzichten, „damit die Einheit der Kirche klar in Erscheinung tritt“. Auch der Vizepräses der Provinzialsynode, Altmann, der zum Präses für die Regionalsynode gewählt wurde, hatte die unlösbare Verbundenheit zwischen den beiden voneinander abgeschnittenen Gremien hervorgehoben.

Die 150 in Ost-Berlin versammelten Synodalen richteten eine Grußbotschaft nach Spandau, die von den 85 westlichen Synodalen im Johannisstift mit „tiefem Schmerz über die Trennung“ beantwortet wurde.

Über allem Handeln der Kirche müsse jetzt und in Zukunft das Wort stehen: „Wir sind doch Brüder“, sagte der einzige Kirchenvertreter, der an beiden



Bei Schneegestöber und klingendem Spiel zog die zweite Kampfgruppe des 47. US-Infanterie-Regiments in Berlin ein.

Tagungen teilnehmen kann: Präses Wilm (Bielefeld) als Gast und Sprecher der EKD.

Über den Rechenschaftsbericht der Kirchenleitung fand eine Aussprache statt, in der Superintendent Rieger den Bericht „ein Dokument von großer Weisheit, staatsmännischer Klugheit und Fairneß“ nannte. Zuvor war von Professor Fischer (Kirchliche Hochschule) und Pfarrer Kanitz Kritik an dem Bericht geübt worden, wobei Kanitz vor allem das seiner

(Fortsetzung auf Seite 2)

### Scharf soll zurück! Dringende Bitte der Synode in Ost-Berlin

Berlin (Eigenmeldung). Die Regionaltagung in Ost-Berlin der Synode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg wählte keinen Bischofsverweser. Die regionale Kirchenleitung wurde beauftragt, die dem Bischofsamt zukommenden Funk-

tionen zu regeln. Die Synode drückte ferner den Wunsch aus, daß Präses Scharf seine Aufgaben wieder wahrnimmt; sie will den sowjetzonalen Staatsrat mit aller Dringlichkeit bitten, Scharf die Rückkehr zu ermöglichen.

In nicht öffentlicher Sitzung wurden außerdem die Wehrpflichtprobleme behandelt, wobei das Recht des Staates auf Wehrdienst bejaht, andererseits jedoch das Wehrdienstverweigerungsrecht gutgeheißen wird. Nach einem weiteren Antrag soll der Rat der EKD gebeten werden, sich aus dem Militärseelsorgevertrag mit der Bundesregierung zu lösen. In einem Vorschlag zum Fahneid soll erklärt werden, daß der Christ ihn nur leisten könne, wenn er ohne klassenkämpferische und weltanschauliche Bedeutung ist.

In beiden Regionalsynoden wurde die notwendige Erweiterung der aufgeteilten Kirchenleitung mit Neuwahlen vorgenommen.

## Thomas Dehler

E.-A. J. Mit Verwunderung vernahm das deutsche Fernsehpublikum das außenpolitische Konzept Thomas Dehlers. Wer Dehler kennt, der hatte sich gewiß auf einiges gefaßt gemacht. Besticht nicht immer wieder seine Streitlust, sein Mut, mit brillanten Formulierungen die Dinge offen beim Namen zu nennen, sein leidenschaftlicher Drang, die deutsche Frage ihrer Lösung wenigstens einen Schritt näherzubringen? Die moralische Position dieses Mannes verschafft ihm in der Auseinandersetzung einen Vorsprung, den seine Gegner häufig nicht ohne Mühe aufzuholen vermögen.

Aber das Maß, mit dem der Vizepräsident des Bundestages und ehemalige Bundesjustizminister am Montagabend über die politische Wirklichkeit hinausgeschossen ist, machte in bedenklicher Weise deutlich, mit welch einem gefährlichen Wirrkopf die deutsche Politik auch weiter zu rechnen hat. Seine Behauptung, Deutschland führe „seit 30 Jahren den heißen und den kalten Krieg gegen Rußland“, und die Bundes-

republik setze den von Reichskanzler von Papen 1932 begonnenen antibolschewistischen Kurs mit einem „kalten psychologischen Krieg“ fort, grenzt an politisches Harakiri. Wenn es an einer Maxime der deutschen Nachkriegspolitik keinen Zweifel gibt, dann doch an der, den Krieg selbst in seinen psychologischen Voraussetzungen abzubauen, um bei unseren ehemaligen Kriegsgegnern das Vertrauen wiederherzustellen. Mancher Fehler der Bundesregierung dabei in den vergangenen Jahren unterlaufen sein, aber wie Dehler an unserem guten Willen zu zweifeln, das ist blind und verleumderisch.

Will man Thomas Dehler glauben, dann denkt die ganze FDP-Führung wie er. Das hat er auf dem Fernsehschirm ausdrücklich versichert. „Davor

mögen wir behütet sein“, warf einer der Teilnehmer des Gespräches ein. Sind wir aber da vor behütet? Können die Freien Demokraten, Koalitionspartner der vierten Regierung Adenauer, diese Behauptung auf sich beruhen lassen? Und muß nicht die CDU erneut die Koalitionsfrage stellen? Schließlich ist Thomas Dehler nicht irgendwer. Die außenpolitischen Beschlüsse seiner Partei kommen kaum ohne ihn, keinesfalls gegen ihn zustande. Und der Bundestag? Wird er, der sich so manches Mal zur deutschen Ostpolitik einstimmig geäußert hat, eine solche Diskriminierung widerstandslos hinnehmen?

Zwischen Pankow und Moskau dürften sie ihre helle Freude an einem so hervorragenden Kronzeugen der eigenen wahrheitswidrigen Argumente haben.

## Pankow ist stark verschuldet

Zone hat sich beim Einkauf zurückgehalten

Berlin (dpa). Ein Sprecher des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen wies im Rundfunk darauf hin, daß Pankow im Interzonenhandel stark verschuldet ist. Die Bundesrepublik, so sagte der Sprecher, habe von sich aus alles getan, „um die letzten uns verbliebenen spärlichen Kontaktmöglichkeiten mit der mitteldeutschen Bevölkerung — zu denen der innerdeutsche Handel zählt — aufrechtzuerhalten“.

Die in den letzten Jahren zwar langsame, aber kontinuierliche Aufwärtsentwicklung im Interzonenhandel sei im Jahre

1961 zum erstenmal rückläufig gewesen. Die Lieferungen aus der Bundesrepublik in die Zone seien hauptsächlich deshalb zurückgegangen, weil die Zone sich beim Einkauf sehr zurückgehalten habe. Das habe aber nicht nur den Grund, daß man sich auf bestimmten Gebieten von der Lieferung aus der Bundesrepublik unabhängig machen möchte. „Vielmehr darf nicht übersehen werden, daß die Sowjetzone im Interzonenhandel stark verschuldet und vertraglich verpflichtet ist, bis zur Mitte des Jahres die Schuld zu lösen.“

## Ovationen für Präses Scharf

(Fortsetzung von Seite 1)

Meinung nach autorativ ausgeübt Bischofsamt kritisierte.

Als Arbeitsmaterial wurden Vorschläge von Pfarrer Kanitz zur Ausgestaltung Berlins als theologisch - wissenschaftliches Zentrum an die Kirchenleitung verwiesen. Professor Fischer hatte außerdem kritisch bemerkt, daß die evangelischen Synoden zum situationsbedingten „Nein zum Wehrdienst“ nichts gesagt hätten und nun auch nichts mehr sagen könnten. Fischer forderte die Synodalen auf, alles zu vermeiden, was das Gewicht der Regionalsynode in Ost-Berlin mindern könnte.

Bischof Dibelius hatte in einem Diskussionsbeitrag die Synode ermahnt, alles zu unterlassen, was die Einigkeit der beiden getrennten Kirchenteile beeinträchtigen könnte, und hat noch einmal klar herausgestellt, daß Staatsgrenzen keine Kirchengrenzen sein können.

## Mehr als 100 Studenten vom SSD verhaftet

W. J. B. Bonn. — Mehr als 100 Studenten sind seit dem 13. August unter dem Vorwurf, gegen das kommunistische „Republikenschutzgesetz“ verstoßen zu haben, von sowjetischen Gerichten verurteilt oder vom SSD verhaftet worden. Gegen mindestens 57 von ihnen wurden hohe Freiheitsstrafen verhängt. Unter ihnen sind Studenten aus West- und Ost-Berlin, aus der Bundesrepublik und sogar mehrere ausländische Staatsangehörige. Nach den in Bonn vorliegenden Informationen werden

wenigstens sieben ausländische Studenten der Freien Universität — drei Syrer, ein Indonesier, ein Chilene, ein Türke, ein Holländer und ein Schweizer in Ostberliner Gefängnissen festgehalten.

## 35 Satelliten im Weltall

Washington (dpa). Gegenwärtig umkreisen 35 künstliche Satelliten die Erde — 33 amerikanische und zwei sowjetische. Die Amerikaner haben nach Mitteilung der US-Weltraumbehörde insgesamt 66 Erdsatelliten, in eine Umlaufbahn um die Erde gebracht, die Sowjets 13.

# Helle Empörung über Dehler

CDU kritisiert scharf Äußerungen des Bundestagsvizepräsidenten im Fernsehen

Bonn (ap/dpa/upi). Helle Empörung über den FDP-Bundestagsabgeordneten und Vizepräsidenten des Bundestages, Dr. Dehler, herrscht in der CDU/CSU. Den Anlaß bildet die scharfe Kritik, die Dehler an der deutschen Ostpolitik im Fernsehen geübt hatte. Dabei hatte er erklärt, Deutschland führe seit 30 Jahren „den heißen und den kalten Krieg gegen Rußland“. Die Bundesrepublik bewege sich auf diesem Kurs, den Reichskanzler von Papen 1932 begonnen habe, weiter. Die CDU/CSU-Fraktion will Dehler nicht länger als Bundestagsvizepräsident hinnehmen.

Dehler hatte in der Fernsehsendung „Unter uns gesagt“, einer Diskussion mit fünf Journalisten, unter anderem erklärt, er habe das „bittere Gefühl“, daß die Bundesrepublik den von Papen begonnenen, von Hitler fortgeführten antibolschewistischen Kurs mit einem „kalten psychologischen Krieg“ weiterbetreibe. Die Empörung über seine Ausführungen nahm vor allem in der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion heftige Formen an. Bundeskanzler Adenauer, der meinte, die Auslassungen Dehlers stünden in engem Zusammenhang mit der bevorstehenden USA-Reise des FDP-Vorsitzenden Mende und seien als ein „Schuß“ gegen Mende zu betrachten, ermahnte die Fraktion dazu, „sehr kühl und klar zu überlegen, was jetzt zu tun“ sei. Fraktionschef von Brentano hatte vorher geäußert, Dehler sei als Vizepräsident des Bundestages nicht mehr tragbar. Er fügte unter Zustimmung der Fraktion hinzu, für die CDU sei es sehr schwer, an einer Plenarsitzung unter Dehler als amtierenden Präsidenten teilzunehmen. Er werde sich auch dagegen wehren, daß Dehler irgendeinen Vorsitz in einem Bundestagsausschuß erhalte. Dehler ist für die Leitung des Sonderausschusses für die Strafrechtsreform vorgesehen.

Brentano kam in einem vertraulichen Gespräch mit Mende, in dessen Mittelpunkt Dehlers Äußerungen standen, überein,

den „Fall Dehler“ zunächst innerhalb der Koalition zu behandeln. Bundestagspräsident Gerstenmaier soll erklären, ob Dehler zu seinen Äußerungen stehe. Er müsse dann aus dem Präsidium des Bundestages ausscheiden.

Der Bundestagspräsident und die vier Vizepräsidenten sind nicht abwählbar. Dehler könnte also höchstens freiwillig von seinem Posten zurücktreten.

\*\*\*\*\*

## Kennedy nicht im Sowjet-Fernsehen

Washington (ap). Der für den 25. März vorgesehene Austausch von Fernsehansprachen Präsident Kennedys und Ministerpräsident Chruschtschows ist auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden. Wie das Weiße Haus mitteilte, sind beide Regierungschefs der Auffassung, daß für einen derartigen Plan zur Zeit nicht die „richtige Atmosphäre“ besteht.



An der Mauer probierten die Vopos ihre Schneehemden aus

## „Ulbricht kennt keine Gnade“

Lemmer sprach über den RIAS und in Königswinter

Berlin (dpa). Seit dem 13. August 1961 sind allein 73 Studenten in der Sowjetzone und in Ost-Berlin verhaftet worden, deren Namen bekannt sind. Diese Zahl gab der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Lemmer, am Sonnabend über den Westberliner Sender RIAS bekannt.

Lemmer teilte weiter mit, daß etwa die Hälfte der insgesamt 10 000 von Sowjetbürgern eingereichten Anträge auf Familienzusammenführung von alten Eltern gestellt worden seien, die ihren Lebensabend bei ihren Kindern verbringen wollen. In fast 2000 Fällen wollten Ehegatten zueinander und in etwa 1000 Fällen Mütter mit ihren Kindern zu den Vätern in den Westen übersiedeln. „Selbst hier kennt Ulbrichts Apparat keine Gnade“, betonte Lemmer. Kaum über 300 Personen hätten seit dem 13. August die Genehmigung erhalten, in das Bundesgebiet umzusiedeln. Nach Berlin seien nur 19 Menschen gekom-

men, obwohl rund 5000 Anträge gestellt worden seien.

Der Bundesminister, der am Sonnabend auch vor der Generalversammlung der „Vereinigung der Opfer des Stalinismus“ in Königswinter sprach, unterstrich bei dieser Tagung nachdrücklich, daß die Bundesrepublik ihrer geschichtlichen Aufgabe nur dann gerecht werden könne, wenn sie vom Materiellen abricke und sich bereit finde, für die Ideale der freien Welt einzutreten. Die unterdrückten 16 Millionen Menschen in der Sowjetzone bezeichnete Lemmer als den „Kraftquell zu einer inneren Erneuerung unseres Volkes“.

Die Einwohnerzahl von Leipzig, der größten Stadt der Zone, ist in den letzten zehn Jahren um 27 942 Personen auf 589 632 Einwohner gesunken und hat damit den Stand von 1910 erreicht. 1933 hatte Leipzig 713 470 Einwohner. (ap)

# Sowjetzonen-Stoßtrupp auf Frohnauer Gebiet

Zollassistent aus West-Berlin entführt — Nach drei Stunden zurückgekehrt

Ein sowjetzonaler Stoßtrupp hat den Westberliner Zollassistenten Hans Scharnow gewaltsam aus dem Grenzgebiet bei Frohnau in die Sowjetzone entführt und nach einem Verhör drei Stunden später an der Spandauer Bürgerablage in den freien Teil der Stadt zurückgeschickt. Die westlichen Alliierten sind von dem schweren Zwischenfall verständigt worden.

Der Beamte gab nach seiner Rückkehr folgende Darstellung von dem Handstreich: Er war

am Vormittag mit seinem Fahrrad auf dem Wege zu seiner Dienststelle im Nordwesten der Stadt zwischen Frohnau und Heiligensee unterwegs. In einer Schonung stieß er auf ein Hindernis. Als er die Fahrt verlangsamte, stürzten plötzlich ein Sowjetzonen-Offizier und vier Grenzposten aus dem Gebüsch, zerrten ihn vom Fahrrad und zwangen ihn, durch den zerschnittenen dreifachen Stacheldrahtzaun mit ihnen in einen Laufgraben zu kriechen.

Damit er von westlicher Seite nicht erkannt würde, stülpten sie ihm eine Mütze der Grenzpolizei auf und hängten ihm einen Sowjetzonen - Uniformmantel um. Nachdem die Gruppe in dem Graben bis nach Stolpe-Süd gekrochen war, wurde er mit einem Lkw nach Hohenneuendorf zum Verhör gebracht, wo er genaue Angaben über

## Der Wohlstand soll erhalten bleiben

Gegen die Gefahren der Lohnwellen - Wirtschaftsrat vorgeschlagen

Bonn (Eigenbericht). Eine großangelegte wirtschaftspolitische Aktion der Bundesregierung gegen übersteigerte Lohnforderungen der Gewerkschaften und gleichermaßen allzu große Nachgiebigkeit der Unternehmer bei der Lohnfindung bildet den politischen und ökonomischen Hintergrund des Vorschlages von Bundeskanzler Adenauer, einen Bundeswirtschaftsrat zu errichten. Intensive Beratungen der Bonner Fachressorts lassen erkennen, daß ein solcher Wirtschaftsrat als objektives, neutrales und möglichst vermittelndes Gremium zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gedacht ist, jedoch nur als Teil einer größer angelegten Aktion zur Abwehr sozialer und wirtschaftlicher Schwierigkeiten. Adenauer und Erhard scheinen sich wirtschaftspolitisch darüber einig zu sein, daß die gegenwärtige Lohnsituation wesentlich durchgreifendere Maßnahmen nötig macht, als sie bisher in der deutschen Wirtschaftspolitik üblich waren.

Nach den intensiven Beratungen der Fachministerien erscheint es nicht mehr ausgeschlossen, daß über den Bundeswirtschaftsrat hinaus mit einem bisher in den Einzelheiten noch nicht fixierten Verfahren das hergebrachte System der Lohnfindung zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern verändert werden könnte. Bei den Beratungen spielten sogar Ideen eines neuen Gewerk-

schaftsgesetzes oder eines neuen Tarifvertragsgesetzes eine Rolle. Es geht dabei um die Frage, ob und wie weit die Tarifautonomie der Sozialpartner, etwa durch eine Schlichtungsvorschrift, zu modifizieren wäre.

Der von Adenauer angeregte Bundeswirtschaftsrat soll nach ersten, noch keineswegs konkreten Vorstellungen vor allem verlässliche und weithin unbestrittene Daten über die zurückliegende, gegenwärtige und künftige ökonomische Entwicklung erarbeiten. Diese Zahlen sollen den bisherigen Streit zwischen Gewerkschaften und Unternehmern über Produktivitätsfortschritt, Lohnanteil an den Kosten oder internationale Wettbewerbslage versachlichen.

Nach dem bisherigen Stand der Beratungen ist nicht daran gedacht, daß dieser Rat, der sich aus Vertretern der Wirtschaft, der Sozialpartner und neutralen Persönlichkeiten zusammensetzen soll, den Status einer „Nebenregierung“ oder eines Nebenparlaments erhalten soll. Die Mitsprache bei der Vorbereitung und Durchführung von Gesetzen wird gegenwärtig nicht als die primäre Aufgabe eines solchen Rates angesehen, der sich damit vom früheren Reichswirtschaftsrat wesentlich unterscheiden würde. Der endgültige Aufgabenkreis, die Zusammensetzung und die Arbeitsweise eines etwaigen Bundeswirtschaftsrates stehen noch keineswegs fest.



AN DIESER STELLE bei Frohnau wurde der Zollbeamte entführt berlin-bild

..... die westlichen Grenzsicherungen und die Zahl der eingesetzten Beamten machen sollte. Nach dem Verhör wurde er über die Zonengrenze zurückgeschickt. Pistole und Munition gaben die sowjetzonalen Wegelagerer zurück.

Der Westberliner Zoll war auf das Verschwinden seines Beamten aufmerksam geworden, als eine Streife auf den Hund des Zöllners stieß, der vor dem Loch im Stacheldrahtzaun auf seinen Herrn wartete.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2